

2. Februar 2002

Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder beim Weltwirtschaftsforum 2002 in New York

Sehr geehrter Herr Professor Schwab,
verehrte Staats- und Regierungschefs,
verehrte Vertreter der Nicht-Regierungsorganisationen,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist eine gute Entscheidung, das diesjährige Weltwirtschaftsforum hier in New York stattfinden zu lassen. Denn New York, dieses Symbol für Freiheit und Toleranz, und die Vereinigten Staaten von Amerika sind am 11. September von menschenverachtenden Terroristen angegriffen worden.

Diese Anschläge waren ein Angriff auf die Grundlagen des Zusammenlebens in allen Zivilisationen dieser einen Welt. Nicht erst seit den grausamen Terroranschlägen des 11. September wissen wir, dass kein Staat mehr die Sicherheit seiner Bürger gewährleisten kann, ohne ein zunehmendes Maß an internationaler Kooperation.

Denn Instabilität in einem Teil der Welt, der Zusammenbruch von Volkswirtschaften oder ganzen Staaten, die Erosion kultureller und nationaler Identitäten bedrohen Stabilität und Sicherheit über Länder und Kontinente hinweg. Das heißt: "Innere" und "äußere" Sicherheit sind in unserer heutigen Welt nicht mehr voneinander zu trennen.

Sicherheit, das ist uns allen bewusster denn je, ist das Fundament, auf das eine solidarische Gesellschaft gebaut ist. Ohne Sicherheit gibt es keine Gerechtigkeit, keine Teilhabe und keine gesellschaftliche Entwicklung. Ohne Sicherheit gibt es keine friedliche Welt und keine lebenswerte Zukunft.

Die internationale Gemeinschaft hat nach dem 11. September in beeindruckender Weise ihre Solidarität mit den Vereinigten Staaten von Amerika zum Ausdruck gebracht. Auch dieses Weltwirtschaftsforum setzt ein Zeichen der Solidarität. Aber wir sollten es nicht bei dieser wichtigen Geste im Kampf für Freiheit und Menschenwürde belassen. Dieses Forum bietet uns nämlich die einmalige Chance, die Diskussion um die Gestaltung der Globalisierung - die ja längst vor dem 11. September begonnen hatte - und die Diskussion um die Verbesserung der Sicherheit in der Welt - die wir seit dem 11. September noch intensiver führen - wieder zusammen zu bringen. Gerade dieses Forum kann den Anstoß dafür geben, den Dialog über globale Sicherheit und globale Gerechtigkeit wieder aufzunehmen. Denn ohne globale Gerechtigkeit werden wir nie eine globale Sicherheit erreichen. Und ohne umfassende Sicherheit werden alle Versuche zur Entwicklung globaler Gerechtigkeit zum Scheitern verurteilt sein.

Meine Damen und Herren,

wir müssen im nationalen Maßstab und in der internationalen Zusammenarbeit neue Antworten auf die Bedrohung von Stabilität und Sicherheit geben. Die Gefahr einer traditionellen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Staaten ist in den meisten Teilen der Welt gebannt. Die größte Herausforderung unserer Zeit erwächst aus der so genannten "privatisierten" Gewalt des internationalen Terrorismus.

Dieser Terrorismus ist keineswegs eine unmittelbare Folge der Globalisierung. Ganz im Gegenteil: Jene Verunsicherung über die eigenen Identitäten und Perspektiven, die den Boden für Terrorismus bildet, entsteht gerade in den Regionen der Welt, die nicht an der Globalisierung teilhaben. Wir dürfen den Kampf gegen die Terroristen nicht verwechseln mit dem Kampf gegen den Terrorismus und seine potentiellen Unterstützer.

Der Kampf gegen den Terrorismus wird auf Dauer nur Erfolg haben, wenn er unter dem Zeichen einer größeren globalen Gerechtigkeit geführt wird. Sicherheit werden wir nur erreichen in einem Zusammenspiel von materieller, sozialer, ökologischer und Rechtssicherheit. Und, das will ich ausdrücklich anfügen, auch kultureller Sicherheit.

Meine Damen und Herren,

wenn es an Sicherheit fehlt, spürt das die Wirtschaft zuerst. Das ist nach dem 11. September noch einmal ganz deutlich geworden. Vor den Anschlägen vom 11. September haben wir gesagt: Wirtschaftliche Entwicklung braucht Frieden. Frieden braucht wirtschaftliche Entwicklung. Das war richtig. Aber das reicht nicht mehr. Jetzt muss es heißen: Sicherheit fördert Entwicklung. Und Entwicklung fördert Sicherheit.

Das 21. Jahrhundert hat mit einem schrecklichen Fanal begonnen - der Zerstörung der Twin-Towers. Aber aus den Trümmern von Ground Zero ist ein neues internationales Bewusstsein, eine neue internationale Zusammenarbeit entstanden. Wir wissen: Gemeinsames internationales Handeln ist vor dem Hintergrund der immer enger werdenden Verflechtungen unserer Volkswirtschaften wichtiger denn je. Uns verbindet inzwischen weit mehr als der rege Handel.

Internationale Direktinvestitionen und Unternehmensverflechtungen haben erheblich an Bedeutung gewonnen. Der Umsatz aus deutschen Beteiligungen in den USA ist heute fast sechsmal so hoch wie die deutschen Exporte in die USA. Durch diesen Zusammenhang hat sich die Wachstumsschwäche der amerikanischen Wirtschaft gerade in Deutschland so direkt ausgewirkt. Viele Anzeichen sprechen heute für eine Belebung der US-Konjunktur. Gleichzeitig gibt es erfreuliche Signale, dass sich im Laufe des Jahres auch die wirtschaftliche Entwicklung in der EURO-Zone und in Deutschland zum Besseren wendet.

In einer Welt der engen weltwirtschaftlichen Verflechtung braucht es starke internationale Institutionen, um gemeinsame grenzüberschreitende Probleme zu lösen. Wir brauchen daher eine weitere Stärkung der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds, der Welthandelsorganisation und auch der Vereinten Nationen.

Meine Damen und Herren,

wir haben erfahren, dass "innere" und "äußere" Sicherheit nirgends auf der Welt mehr voneinander zu trennen sind. Aber ebenso wenig können wir "innere" und "äußere" Entwicklung oder "innere" und "äußere" Ökologie voneinander trennen. Der bekannte Satz "Global denken - lokal handeln" ist so falsch ja nicht. Immer geht es um den Zusammenhang von nationaler Politik und internationaler Zusammenarbeit.

Es ist wahr, dass Deutschland als einziger Staat der Welt die Integration zweier Staaten derselben Nation in einen gemeinsamen Staat geschafft hat. Es ist auch wahr, dass dies gelingen konnte, obwohl einer der beiden Staaten, nämlich die frühere DDR, durch ein zentral verwaltetes Wirtschaftssystem schlicht "bankrott" war. Uns ist diese enorme Anstrengung gelungen, ohne die Stabilitätskriterien, die wir in Europa zur Einführung der gemeinsamen Währung verabredet haben, zu verletzen. Wir haben, trotz dieser gewaltigen Belastung, den

Staatshaushalt nicht weiter verschuldet, sondern mit seiner konsequenten Konsolidierung begonnen.

Aber Deutschland hat sich in den vergangenen drei Jahren noch weit darüber hinaus verändert. Wir haben eine gesellschaftliche Modernisierung geschafft, wir haben uns geöffnet und sind internationaler geworden - ich erwähne nur das neue Staatsbürgerschaftsrecht, die "Green Card" und die von uns betriebene neue Regelung zur Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer. Und wir haben vor allem international Verantwortung übernommen. Eine Verantwortung, die sich zum einen aus unserer deutschen Geschichte ergibt. Und die zum anderen Ausdruck der veränderten Rolle des vereinten Deutschlands in der internationalen Politik ist.

Meine Damen und Herren,

die deutsche Einheit kann ein positiver Präzedenzfall für die europäische Einheit werden - insbesondere, wenn wir an die sogenannte "Osterweiterung" denken. Europa wird erst durch diese Osterweiterung zu "Europa". Gerade weil dadurch klar wird, dass Europa mehr ist als ein geografischer Begriff: Europa ist eine politische Idee der Teilhabe und der Zusammenarbeit.

Wir haben in Europa Vereinbarungen ermöglicht über gemeinsame Märkte, gemeinsame Sicherheit, über gemeinsamen wirtschaftlichen Fortschritt, aber auch über einen gemeinsamen Raum des Rechts.

Niemand muss denselben Weg gehen. Aber aus diesem europäischen Zusammenhang sollten wir eine "Agenda für globale Sicherheit und globale Gerechtigkeit" vorschlagen.

Das heißt:

- globale Zusammenarbeit, aber auch globale Kooperation für die Sicherheit der Bürger;
- echter Freihandel ohne nationale Egoismen;
- globale Anstrengungen, um soziale, ökonomische und ökologische Fortschritte zu erreichen;
- echte, nachvollziehbare Fortschritte zu machen in Richtung auf eine "Welt-Innenpolitik".

Meine Damen und Herren,

ich bin davon überzeugt, dass wir nach wie vor die Möglichkeiten und das Wissen haben, das 21. Jahrhundert trotz aller Risiken und Bedrohungen zu einem Zeitalter des Friedens und des Wohlstands zu machen. Dafür brauchen wir nicht nur den politischen Willen, die richtigen Antworten auf neue Herausforderungen zu finden. Was wir vor allem brauchen, ist mehr Partnerschaft. Und zwar national wie international. Ob in der Wirtschafts- oder Sicherheitspolitik, ob bei der Bekämpfung von Armut oder beim Klimaschutz - gute Lösungen waren und sind nur mit einem echten Multilateralismus zu erreichen.

Die neue Form von Zusammenarbeit und Partnerschaft, für die ich so nachdrücklich werben will, ist dem Gemeinwohl und dem gemeinsamen Ziel von Modernisierung und Gerechtigkeit verpflichtet. Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft tragen Verantwortung, die sie in ihrer jeweiligen Zuständigkeit übernehmen müssen. "Sicherheit" zum Beispiel dürfen wir nicht privatisieren, sondern müssen sie durch staatliche Gewaltmonopole gewährleisten. Und

niemand kann der Wirtschaft ihre Verantwortung für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung abnehmen. Oder der Zivilgesellschaft die Aufgabe, für mehr Selbstverantwortung des einzelnen und mehr gesellschaftliche Toleranz zu sorgen. Modernes Regieren, "good governance" wenn Sie so wollen, sollte diese verschiedenen Verantwortlichkeiten in neuen Partnerschaften zusammenführen.

Denken wir nur an das Beispiel Bildung. Natürlich eine vordringliche staatliche und gesellschaftliche Aufgabe. Denn fast immer sind es mangelnde Bildung oder fehlende Qualifikation, die den Menschen die Chancen zur Teilhabe am Wohlstand nehmen. So haben wir es in nur drei Jahren geschafft, alle Schulen in Deutschland ans Internet zu bringen. Weil wir wissen, dass wir unseren Kindern die Zukunftschancen verbauen würden, wenn wir sie nicht an den weltweiten Informations- und Kommunikationsnetzen teilhaben ließen. Diese Ausstattung der Schulen mit Computern und Internet ist uns in einer sehr guten Partnerschaft gelungen: der gemeinsamen Initiative D-21 von Bundesregierung und den wichtigsten Unternehmen der Informations- und Kommunikationsbranche. Der Staat hat für die Rahmenbedingungen gesorgt und die Unternehmen haben ihren Teil der Verantwortung übernommen und die technische Ausstattung der Schulen ermöglicht.

Durch dieses, wie ich finde, sehr gute Beispiel von "Public-Private-Partnership" ist es uns auch gelungen, viele neue Ausbildungsberufe, die alle mit den neuen Techniken zu tun haben, einzuführen und viele zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Mehr noch: dadurch haben wir erfolgreich verhindert, was man "digital divide" nennt. Und so wie wir national dafür Sorge tragen müssen, allen Schichten der Bevölkerung den Zugang zu den neuen Informations- und Kommunikationstechniken zu ermöglichen, so müssen wir international alles dafür tun, dass nicht ganze Teile der Welt von den Möglichkeiten des Internet ausgeschlossen bleiben.

Meine Damen und Herren,

für die Zukunft der Welt, in der globale Gerechtigkeit und globale Sicherheit herrschen, brauchen wir das, was wir unter "Big Government" verstehen:

- Freiheit für die Märkte;
das heißt nicht: völlige Regellosigkeit;
- Sicherheit für die Menschen;
das heißt nicht: Verzicht auf ihre Bürgerrechte, ihre Fähigkeiten und ihre Kreativität;
- und neue Partnerschaften von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Hierzu werden Europa und Deutschland weiter ihre Beiträge leisten.

Vielen Dank.